

Bürgerinitiative Viersen-Hamm e.V.

Petitionsrecht in Viersen

Alle Parteien wollen mehr Bürgerbeteiligung. Die Praxis sieht jedoch anders aus. **Bürgermeisterin Anemüller weigerte sich**, die von der BIVH durchgeführte Petition zum Thema

Tempo 30 auf der Bachstraße zum Schutz der Grundschüler und keine LKW Vorrangstraße

persönlich entgegen zu nehmen. Kann eine Bürgermeisterin noch mehr Bürgerferne zeigen? Wohl kaum. Die Petition wurde dann per E-Mail übersandt. Bürgermeisterin Anemüller versuchte nun auch noch die Rechtmäßigkeit der Petition anzuzweifeln und nannte sie wenig hilfreich. Verständlich, da die Petition ihr die Problematik und mangelnde Tragfähigkeit der von der Verwaltung getroffenen Entscheidung vor Augen führte. Bürgermeisterin Anemüller legt keinerlei Wert auf das Votum von über 2.200 Bürgern aus dem Kreis Viersen, davon über 700 aus dem Nahbereich der Schule.

SPD, FDP, FürVie und Grüne haben bis heute trotz mehrmaliger Aufforderung zu dem Votum der Bürger keine Stellung genommen. Wenn diesen Parteien der Bürger so egal ist, dann sollten diese Parteien auch nicht die Stimme der Bürger erhalten.

Wahltag ist Zahltag

Bürgerinitiative Viersen-Hamm e.V.

Die Energiewende ist gescheitert.

Die Vorhersage, dass die erneuerbaren Energieträger Wind und Sonne ohne die Leistung von Wärmekraftwerken (Kohle und Kernenergie) die Stromversorgung sicher stellen können, hat sich als falsch erwiesen. Im letzten Winter wäre es ohne Wärmekraftwerke bei der Dunkelflaute (kaum Wind und kaum Sonnenschein) fast zu einem Zusammenbruch der Stromversorgung in Deutschland gekommen.

Die notwendige Stromversorgung braucht noch immer eine 100%ige Reserveleistung durch Wärmekraftwerke.

Gleichzeitig mussten Windkraftanlagen sowohl zur Netzstabilisierung als auch aus Kapazitätsgründen angehalten werden. Die Betreiber erhielten aufgrund des EEG Gesetzes trotzdem die Strommenge vergütet, die sie hätten produzieren können. Man spricht hier von Phantomstrom.

Und jetzt bemüht sich die Stadt Viersen als Anteilseigner der NEW in dieses lukrative Stromgeschäft einzusteigen. Erneut gegen den Willen der betroffenen Anwohner. Auch hier zeigt sich, dass Bürgerinteressen keine Rolle spielen.

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Baugenehmigung durch den Landkreis steht noch aus.

Wahltag ist Zahltag